

Lasten der Krise gerecht verteilen – Finanzmärkte regulieren

Teile der Bundesregierung und der schwarz-gelben Koalition schwadronieren über Maßnahmen zur angemessenen Beteiligung der Banken an den Krisenkosten und zur Eindämmung von Finanzmarktspekulationen und Boni-Exzessen: Manches – so die Kanzlerin oder auch der Bundesfinanzminister und andere – sei denkbar, möglich, wünschenswert; anderes dann aber eher nicht oder unter bestimmten Bedingungen doch usw. Aber konkret bewegt wird von Merkel und Schäuble kaum etwas.

Aktionsplan für Deutschland überfällig

Den dringend überfälligen Aktionsplan für Deutschland, der den deutschen Beitrag zur Stabilisierung von Finanzmärkten und Bankensektor klar definiert, gibt es immer noch nicht. Jetzt schon ohne weiteres mögliche Gesetzentwürfe der Bundesregierung – z. B. zur Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Boni als Betriebsausgaben – werden nach wie vor nicht vorgelegt.

Regierung soll Vorschläge von Obama prüfen

Merkel, Schäuble und andere in der Koalition verweisen immer wieder darauf, man brauche bei allen anstehenden Fragen erst eine internationale Abstimmung und Übereinkunft. Nationale Alleingänge schaden nur dem Finanzplatz Deutschland. US-Präsident Obama hat mit seinen aktuellen Initiativen zur Finanzmarkt- und Bankenstabilisierung sowie zur Beteiligung des Bankensektors an den Krisenkosten gezeigt, dass es auch anders geht. Entsprechend aufgeschreckt ist die deutsche Regierung zur Zeit.

Ob das allerdings dazu führt, dass von Schwarz-Gelb endlich konkrete Konzepte entwickelt werden, ist fraglich. Bisher laufen alle drei Koalitionspartner

CDU, CSU und FDP bei allen wichtigen Finanzmarktfragen meilenweit auseinander; bisher haben Merkel und Schäuble es versäumt, hier Ordnung zu schaffen. Aber die deutsche Regierung ist national wie auch unter den europäischen Partnern und im G20-Kreis nur handlungsfähig, wenn sie eine einheitliche und klare Linie hat. Inwieweit die von Präsident Obama angestrebten Maßnahmen sich für die deutschen und europäischen Verhältnisse eignen, ist umgehend von der Regierung zu prüfen.

SPD hat klare Positionen vorgelegt

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Gegensatz zur Bundesregierung eine klare Position. Wir verstecken uns nicht hinter einem noch fehlenden internationalen Konsens; nationale Maßnahmen sind möglich. Um die Regierung weiter zu treiben, haben wir dem Deutschen Bundestag zwei Anträge vorgelegt, die am 29. Januar im Plenum debattiert worden sind und verschiedene Maßnahmen gegen Finanzmarktspekulation, Boni-Exzesse und zu einer besseren finanziellen Heranziehung von Banken enthalten.

Wir fordern die Bundesregierung auf:

- sich konsequent für die Einführung einer internationalen oder mindestens europäischen Finanztransaktionsbesteuerung einzusetzen. Kann weder eine internationale noch eine europäische Übereinkunft erreicht werden, soll als erster Schritt eine nationale Börsenumsatzbesteuerung nach britischem Vorbild eingeführt werden.
- die zuletzt erste Erfolge zeigenden nationalen und internationalen Maßnahmen gegen Steuer-oasen und Steuerhinterziehung mit Nachdruck weiter zu führen.
- bei der Umsetzung ihrer Pläne zur Neuordnung der Finanzmarktaufsicht in Deutschland auf alle Maßnahmen zu verzichten, die die Aufsicht institutionell oder personell schwächen könnten.
- für eine angemessene Beteiligung der Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung zu sorgen.
- umgehend eine wirksame Begrenzung der Banker-Boni durchzusetzen. Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben muss sofort umgesetzt werden.

Die Gehälter der DAX-Vorstände

Durchschnittliche Vergütung der DAX-Vorstände 2008:
2,28 Mio. Euro (einschl. Vorstandsvorsitzende) davon entfielen auf:

